



# Jahresbericht 2015

Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit



## 2015: schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Regelungsflut - und der Lichtblick einer Lohnnebenkostensenkung



Das abgelaufene Jahr 2015 war zweifellos ein in jeder Hinsicht schwieriges und forderndes Jahr für die österreichische Wirtschaft. Das vierte Mal in aufeinanderfolgender Reihe de facto Null-Wachstum stellt eine außergewöhnliche Situation dar. Weiters mussten wir eine Rekordarbeitslosigkeit verzeichnen, dies allerdings bei gleichzeitigem Beschäftigungsrekord. Das stete Beschäftigungswachstum ist tatsächlich erstaunlich und auf die wachsenden Teilzeitverhältnisse wie auch auf das steigende Arbeitskräfteangebot zurückzuführen.

Noch nie zuvor mussten wir von unseren Mitgliedern eine derart schlechte Stimmung wahrnehmen wie in diesem Jahr. Das hat nicht nur mit der schwierigen wirtschaftlichen Situation zu tun sondern mit einer jahrelangen Gesetzesserie mit überzogenen Regulierungen und Kontrollen wie auch einer zunehmenden Herabwürdigung unserer Unternehmen in der Öffentlichkeit. Die Betriebe unseres Landes sind es aber, die den Zug ziehen und ständig neue Arbeitsplätze schaffen bzw. bestehende sichern. Es sollte daher dringend hinterfragt werden, wie weit das immer engere Regelungs- und Kontrollkorsett für die Unternehmen noch tragbar ist bzw. wie es reduziert werden kann. Auch sonst brauchen die Wirtschaft und der Standort Österreich derzeit dringend ermutigende Impulse. Nach schwierigsten und intensiven Verhandlungen konnten wir als ersten Schritt beim Arbeitsmarktgipfel eine Lohnnebenkosten-Senkung im Ausmaß von 0,7 - 0,8 % für die nächsten Jahre erreichen. Gleichzeitig konnte auch die bedrohliche und völlig unangebrachte Zwangs-Quote zur Beschäftigung älterer Menschen vermieden werden. In der alles überschattenden Flüchtlingsthematik hat die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) sehr frühzeitig eine ganz eindeutige Position eingenommen, Konzepte entwickelt und vor allem ein interessantes Projekt zur überregionalen Vermittlung von Flüchtlingslehrlingen koordiniert und umgesetzt.

Das Jahr 2016 verspricht nicht weniger schwierig zu werden, weil sich auch keine Besserungen bei den Rahmenbedingungen abzeichnen. Umso mehr sind gerade jetzt ausgabenseitige Strukturreformen notwendig, die den Staatshaushalt entlasten und Investitionen in die Zukunftsbereiche unseres Landes ermöglichen. Dafür werden wir uns 2016 einsetzen!

**Dr. Martin Gleitsmann**  
Abteilungsleiter

# Arbeitsmarkt und Soziales

Referenten: Mag. Gabriele Straßegger, Mag. Maria Kaun, Mag. Anna-Katharina Huber

Die Wirtschaftskammer und ihre Vertreter wirken wesentlich an der österreichischen Arbeitsmarktpolitik mit. Die Abteilung für Sozialpolitik stellt die Vertreter der WKÖ in den Gremien des Arbeitmarktservice, nämlich im Verwaltungsrat, Strategieausschuss, Förderausschuss, Ausländerausschuss, Kontrollausschuss sowie in zahlreichen weiteren Ausschüssen und Arbeitsgruppen im Arbeitsmarktbereich.

## Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik

Der österreichische Arbeitsmarkt bleibt 2015 weiter sehr angespannt. Neben den fehlenden konjunkturellen Impulsen stellt die anhaltend hohe Arbeitskräfteangebotsexpansion (2015: +60.000, insbesondere durch die „Europäisierung des Arbeitsmarktes“) eine große Herausforderung dar.

Die stetig sinkenden Arbeitsmarkterfolge veranlassten den AMS-Vorstand zu einem Kurswechsel im AMS. Zur Effizienzsteigerung der Kurse wurde ein Prozess eingeleitet, die Vorqualifizierung auf konkrete neue Arbeitsplätze steht dabei im Vordergrund. Erstmals wird die Effizienz von mehr AMS-Personaleinsatz bei der Betreuung Arbeitsloser im Zuge von zwei Pilotprojekten untersucht. Erste Zwischenergebnisse weisen auf Einsparungsmöglichkeiten hin (verstärkte Abmeldungen vom Leistungsbezug wegen Auslandsurlauben, höhere Sanktionsraten). Die Endergebnisse werden für 2016 erwartet.

Der anhaltende Flüchtlingsstrom stellt das AMS vor weitere, neue Aufgaben. Das Forschungsinstitut Synthesis rechnet für 2016 mit rund 15.000 (Jahresdurchschnitt) zusätzlich beim AMS vorgemerkten Flüchtlingen. Die WKÖ hat gemeinsam mit dem AMS Wien ein Pilotprojekt zur überregionalen Lehrstellenvermittlung gestartet. Das AMS erhält 2016 für die Zielgruppe der Flüchtlinge zusätzliche 70 Mio Euro, die Planungen von entsprechenden Fördermaßnahmen sind derzeit im Gang.

Im Herbst 2015 fand ein bereits für Sommer angekündigter Arbeitsmarktgipfel statt. Neben der von der Wirtschaft dringend geforderten Lohnnebenkostensenkung war die Arbeitsmarktpolitik ein wesentliches Themenfeld. Die von der Arbeitnehmerseite vehement geforderte Maluszahlung bei Unterschreiten einer Älterenquote im Betrieb konnte verhindert werden. Als neuer Stichtag zur Beurteilung, ob die im Regierungsprogramm festgelegten Beschäftigungsquoten Älterer erreicht und damit ein neues Bonus-Malus-Modell in Kraft tritt, wurde der 30.6.2017 festgelegt, die Zielwerte des Regierungsprogramms wurden auf diesen Zeitpunkt umgerechnet. Das bei Unterschreiten der Zielwerte 2018 in Kraft tretende Modell sieht als Malus eine Verdoppelung der Auflösungsabgabe und als Bonus eine weitere Senkung der Lohnnebenkosten um 0,1% -Punkte vor. Zur Stärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurden vereinbart, dass für 2016 dem AMS weitere 50 Mio Euro zur Verfügung stehen, ab 2017 dauerhaft 350 Mio Euro, 80 Mio Euro davon für Flüchtlinge. Die Verwendung der ursprünglich aus der Beschäftigungsinitiative 50+ hervorgehenden Mittel (2016: 250 Mio Euro) wurden flexibilisiert und stehen künftig zum Teil auch schwer vermittelbaren Personen unter 50 zur Verfügung. Die auf Initiative der Arbeitgebervertreter erfolgte Widmung von mehr als der Hälfte für Eingliederungsbeihilfen und Kombilohn wurde beibehalten.

## Teilpension - erweiterte Altersteilzeit

Als Anreiz für eine Weiterbeschäftigung bis zum Regelpensionsalter bei gleichzeitiger Reduktion des Arbeitsausmaßes tritt mit 1.1.2016 ein erweitertes Altersteilzeitmodell in Kraft. Die Ersatzrate gegenüber dem Arbeitgeber beträgt im Gegensatz zum herkömmlichen Altersteilzeitmodell mit einer höchstens 90 %igen Ersatzrate hier erfreuliche 100 %.

## Jugendarbeitslosigkeit und Jugendbeschäftigung in Europa

Auch 2015 blieb die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein Topthema der österreichischen Arbeitsmarktpolitik. In Punkto Jugendarbeitslosigkeit steht Österreich im europäischen Vergleich gut da (2. Platz im EU-Ranking). Mit der dualen Ausbildung bleibt Österreich ein Best practice-Beispiel innerhalb der EU. Über 35 % des gesamten AMS-Förderbudgets werden für arbeitslose Jugendliche ausgegeben.

## Weiterentwicklung der Arbeitsmarktförderungen

Die Neu- und Weiterentwicklung der Arbeitsmarktinstrumente stand im AMS-Verwaltungsrat im gesamten Jahr 2015 auf seiner Agenda.

Nach Auslaufen der mit Hilfe des Europäischen Sozialfonds finanzierten betrieblichen Förderinstrumente unterstützt ab 2015 das neue Impulsprogramm die betriebliche Weiterbildung der Beschäftigten und den Aufbau von Qualifizierungsverbänden, einem Netzwerk von Unternehmen, die gemeinsam betriebliche Weiterbildungen durchführen. Darüber hinaus werden die Betriebe im Rahmen der Impulsberatung zu wichtigen, arbeitsmarktrelevanten Fragestellungen eine kostenlose Beratung erhalten. Es ist überaus erfreulich, dass nach langen Diskussionen diese neue betriebliche Förderschene 2015 starten konnte.

### Der Europäische Sozialfonds (ESF)

Das Operationelle Programm der neuen ESF-Periode 2014-2020 wurde im Herbst 2014 genehmigt. Es ist erfreulich, dass das Operationelle Programm des ESF weiterhin einen Schwerpunkt auf die Förderung der Beschäftigung der Arbeitskräfte legt. Derzeit wird eine neue Beratungsleistung für Betriebe zur Unterstützung des aktiven Alterns im Betrieb entwickelt. Entsprechend des nunmehr ausdrücklich verankerten Partnerschaftsprinzips sind die Sozialpartner in der Erarbeitung dieses Unterstützungsangebots eingebunden.

### Die neue Verwaltungsgerichtsbarkeit ab 2014

Das neue Bundesverwaltungsgericht begann 2014 seine Tätigkeit. Als Laienrichter sind die Sozialpartner unter anderem im Bereich der Arbeitslosenversicherung und Ausländerbeschäftigung eingebunden und können so ihre berufliche Erfahrung aus ihrer interessenspolitischen Vertretung einbringen und selbst einen besseren Einblick in die praktische Vollziehung der jeweiligen Gesetzmaterien erhalten.

### Armutsbekämpfung, Sozialhilfe

Das Thema „Soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung“ fand Eingang in die Europäische Beschäftigungspolitik und in die EU 2020-Ziele. Aus WKÖ-Sicht soll dieses Ziel durch eine gezielte Integration der von Armut Betroffenen in eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt erreicht werden.

- Zwischen dem Sozialministerium und den Ländern laufen bereits die Verhandlungen zum Abschluss einer neuen Artikel 15a B-VG-Vereinbarung zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS). Aus einem Bericht des Rechnungshofs, aus internen Revisionsberichten des AMS sowie aus den vorliegenden Entwicklungen zur Inanspruchnahme geht klar hervor, dass Maßnahmen zur Steigerung der Treffsicherheit dringend erforderlich sind. Aus dem 2014 beschlossenen Bericht des Arbeitskreises geht hervor, dass über 80 % der Bezieher geringqualifiziert sind. Die Zahl der minderjährigen BMS-Bezieher hat sich seit Einführung der BMS verdoppelt; ebenso gibt es eine auffallende Steigerung der Bezugsdauern sowie des BMS-Bezugs bei Mehrkindfamilien.

### Arbeit und Alter

Die Initiative Arbeit & Alter bestehend aus WKÖ, Industriellenvereinigung, Bundesarbeitskammer und ÖGB hat 2015 das neue Online Angebot „Tipps & Lösungen“ zu altersgerechtem Arbeiten erstellt und auf die Website [www.arbeitundalter.at](http://www.arbeitundalter.at) gestellt. Als Appetizer wurden Klappfolder gedruckt, welche zum Besuch der neugestalteten Website motivieren sollen. Weiters wurde ein Informationsbrief der vier Präsidenten von WKÖ, IV, BAK und ÖGB, welcher die Gründe und Motive für die Erstellung des neuen Produkts durch die Initiative Arbeit & Alter beschreibt, erstellt.

### Veranstaltungen

Im Rahmen der Veranstaltung „Tipps & Lösungen“ zu altersgerechtem Arbeiten am 29.9.2015 in der WK Wien wurde das neue Online Produkt erstmals einem Expertenpublikum (Multiplikatoren aus AUVA, Arbeitsinspektorat, PVA, SVA, AMS, Fit2work, Sozialpartnerexperten, etc.) vorgestellt.



### Aufleb - Verein zur Ausbildung, Unterstützung von Arbeitslosen

Die Eintrittsmöglichkeit in die JUST Implacment Stiftung wurde bis 31.12.2016 und die Projektlaufzeit bis 31.12.2019 verlängert. Damit sollen Jugendliche zwischen 19 und 24 durch eine unternehmensnahe Ausbildung bei der erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt unterstützt werden.

# Migration und Integration

Referentinnen: MMag. Margit Kreuzhuber, Mag. Julia Moreno-Hasenöhrl (bis 22.10.2015),  
Mag. Sabine Brunner LLB.oec (ab 22.10.2015)

## Mentoring für MigrantInnen - österreichweit bereits mehr als 1.500 Mentoringpaare



Im Rahmen des Programms Mentoring für MigrantInnen ([wko.at/mentoring](http://wko.at/mentoring)), unterstützen Unternehmer und Führungskräfte aus der Wirtschaft (Mentoren) qualifizierte Migranten bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Da damit auch die Internationalisierung der heimischen Wirtschaft gefördert werden soll, wird das Programm durch die Internationalisierungsoffensive „go international“ unterstützt.



Im Frühjahr 2015 konnte ein Durchgang von Mentoring für MigrantInnen abgeschlossen und im Herbst ein neuer in allen Bundesländern begonnen werden. Österreichweit konnten mittlerweile mehr als 1.500 Mentoringpaare gebildet werden. Im aktuellen Durchgang wurde ein Schwerpunkt auf syrische Flüchtlinge gelegt. Das Programm Mentoring für MigrantInnen gilt als Best-Practice-Beispiel und stößt zunehmend auf internationales Interesse.

## Gesamtkonzept „Fachkräftepotenzial Flüchtlinge“

Angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation wurde in enger Kooperation mit der Abteilung Bildungspolitik ein Gesamtkonzept mit dem Titel „Fachkräftepotenzial Flüchtlinge“ erarbeitet, dieses wurde ua im Oktober 2015 dem Managementkreis vorgestellt.

Der Schwerpunkt dieses Papiers liegt auf Initiativen und Vorschlägen zur verbesserten Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, dazu zählen ua fachspezifische Deutschkurse, geförderte Betriebspraktika aber auch eine bessere Abstimmung der regionalen Unterbringung von Flüchtlingen mit dem Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft. Darüber hinaus werden in diesem Gesamtkonzept auch Maßnahmen zur Ursachenbekämpfung und der fairen Aufteilung von Flüchtlingen innerhalb Österreichs und insbesondere Europas dargestellt.



## Pilotprojekt zur überregionalen Lehrstellenvermittlung für jugendliche Flüchtlinge

Derzeit sind 2/3 der anerkannten Flüchtlinge beim AMS Wien vorgemerkt, darunter ein großer Anteil von Jugendlichen bis zu 25 Jahren. Gleichzeitig können insbesondere in den westlichen Bundesländern zahlreiche offene Lehrstellen nicht besetzt werden. Um hier Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt besser aufeinander abzustimmen, wurde gemeinsam mit der Abteilung Bildungspolitik und in Kooperation mit dem AMS ein Pilotprojekt zur überregionalen Lehrstellenvermittlung für zunächst 100 jugendliche Flüchtlinge ins Leben gerufen.

Die Jugendlichen werden mittels „WKO Job Profil“ auf ihre Neigungen und Fähigkeiten in den Sprachen Deutsch, Englisch, Arabisch und künftig auch Hochpersisch getestet und auf das Lehrverhältnis entsprechend vorbereitet. In einem gemeinsamen Schreiben von Präsident Leitl mit den Landes-



kammerpräsidentInnen wurden die Betriebe dazu aufgerufen, auch jugendliche Flüchtlinge als Lehrlinge zu beschäftigen. Die Jugendlichen werden umfassend begleitet und erhalten auch vor Ort in Person ihres Lehrlingscoaches einen fixen Ansprechpartner für berufliche und private Fragestellungen.

## Informationsplattform [www.fachkraeftepotenzial.at](http://www.fachkraeftepotenzial.at)

Gemeinsam mit der Abteilung Bildungspolitik und der Abteilung Marketing & Kommunikation wurde die Website [www.fachkraeftepotenzial.at](http://www.fachkraeftepotenzial.at) ins Leben gerufen, die mit rechtlichen Informationen, FAQs, Unterstützungsangeboten und Best Practice Beispielen umfassende Informationen rund um das Thema Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen bietet.

## Weiterentwicklung Blaue Karte EU - expert group on economic migration

MMag. Margit Kreuzhuber wurde als Vertreterin von Eurochambres in die von der Generaldirektion Migration & Home affairs ins Leben gerufene expert group on economic migration bestellt. Es wurden umfassende Vorschläge zur Weiterentwicklung der Blauen Karte EU erstellt, darunter insbesondere die Schaffung eines europaweiten Talentepools, in dem Arbeitgeber nach potenziellen, gut qualifizierten Mitarbeitern suchen können.

## Veranstaltung Brüssel



### „Wie attraktiv ist Europa im Wettbewerb um internationale Talente?“

Zu diesem Thema fand in Zusammenarbeit mit der Stabsabteilung EU-Koordination am 26.5.2015 eine hochkarätige Podiumsdiskussion in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU statt. Heinz Becker (EU-Abgeordneter), Laura Corrado (Europäische Kommission), Matthias Mayer (Bertelsmann Stiftung) und Martin Gleitsmann diskutierten darüber, wie man die Attraktivität Europas für internationale Talente steigern kann. Dabei wurde auch der WKÖ-Vorschlag zur Schaffung eines Talentepools präsentiert. In einer anschließenden

Pressekonferenz von Martin Gleitsmann und Matthias Mayer, die medial auf große Resonanz gestoßen ist, wurde ein Vergleich der deutschen und österreichischen Migrationspolitik gezogen.

## Job Start for Internationals

Die WKÖ beteiligte sich aktiv an der von Uniport ins Leben gerufenen Initiative „Job Start for Internationals“ das zum Ziel hatte, internationale Studierende gezielt auf die Arbeitssuche und den Bewerbungsprozess in Österreich vorzubereiten.



Bei einer Podiumsdiskussion wurde insbesondere die Rot-Weiß-Rot - Karte genauer unter die Lupe genommen. Dabei wurden einige Verbesserungen für internationale Studierende vorgeschlagen, insbesondere die Einbeziehung von Bachelor- und Doktoratsabsolventen in die Rot-Weiß-Rot - Karte sowie die Ausweitung der Jobsuchzeit von 6 auf 12 Monate. Bei einem darauf folgenden Workshop für Stipendiaten wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen eingehend erläutert und Tipps für eine erfolgreiche Bewerbung in Österreich gegeben.

## Begutachtungen

- Verordnung Saisonierkontingent Sommertourismus 2015
- Verordnung Saisonierkontingent Wintertourismus 2015/16
- Fachkräfteverordnung 2016
- Niederlassungsverordnung 2016
- Novelle Asylgesetz 2005
- Verordnung Saisonierkontingent Land- und Forstwirtschaft 2016

## Vorträge

- Eudufair (7.3.2015, Belgrad) - *„Working and living in Austria“*
- Dialogforum der Donau-Universität-Krems (30.6.2015, Krems) - *„Aufenthaltsrecht contra Wirtschaftspolitik“*
- Sommerdiskurs 2015 (7.8.2015, Strobl) - *„Was macht Europa und Österreich attraktiv für internationale Talente?“*

# Arbeitsrecht, Familie & Gleichbehandlung

Referenten: Mag. Dr. Rolf Gleißner, Mag. Pia-Maria Rosner-Scheibengraf, Dr. Ingomar Stupar

Auch in diesem großen Bereich ist die WKÖ über die Abteilung für Sozialpolitik in zahlreichen Gremien vertreten, etwa in der Gleichbehandlungskommission, im Familienpolitischen Beirat, im Arbeitnehmerschutzbeirat und im Bundesbehindertenbeirat.

## Gleichbehandlung

In Zusammenarbeit mit dem ÖGB und der Landwirtschaftskammer Österreich wurde eine gemeinsame Broschüre zu Best-practice-Beispielen erstellt. Darin werden Maßnahmen in Kollektivverträgen dargestellt, die die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern.

Nach der Evaluierung der vom Bundesministerium für Bildung und Frauen geleiteten Sozialpartnerarbeitsgruppe zu Einkommensberichten und der Pflicht zur Angabe des Mindestentgelts in Stelleninseraten wurden Verschärfungen seitens der SPÖ und der Arbeitnehmerseite gefordert. Es ist uns schließlich gelungen, zusammen mit der IV und der Landwirtschaftskammer Österreich weitere Belastungen für die Wirtschaft abzuwenden.

## Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Durch ein noch rechtzeitig vor Jahresende im Parlament beschlossenes „Vereinbarkeitspaket“ konnten wir bedeutende Entlastungen für Betriebe durchsetzen. Das sind vor allem Änderungen bei der Elternteilzeit durch Einschränkung der Möglichkeit von Bagatelländerungen und Entlastung der Betriebe durch Lösung der sog. „Wochengeldfalle“.

Wir haben zudem an der alle 3 Jahre stattfindenden Evaluierung der „Charta zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ erfolgreich mitgewirkt. Hier konnten wir erreichen, dass im Endbericht nicht nur familienfreundliche Maßnahmen der WKÖ, sondern auch jene der Landeskammern prominent platziert werden.

## Arbeitszeit

Wir konnten durchsetzen, dass die Höchstarbeitszeit von 10 auf 12 Stunden steigt, wenn aktive Reisezeiten vorliegen. Das betrifft nicht nur Monteure und andere Außendienstmitarbeiter, sondern alle Mitarbeiter, die Dienstreisen machen. Bei Lehrlingen steigt die zulässige Arbeitszeit auf 10 Stunden, wenn eine passive Reisezeit vorliegt.

## Arbeitsrecht

Im Zusammenhang mit der massiven Senkung der Lohnnebenkosten kommen auch einige arbeitsrechtliche Verschärfungen, etwa die Pflicht zur Transparenz bei All-In-Vereinbarungen, eine höhere Entgeltgrenze, ab der eine Konkurrenzklauselel wirksam vereinbart werden kann, eine kürzere Frist, binnen der man Ausbildungskosten zurückzahlen muss und der zivilrechtliche Anspruch auf Lohnabrechnung. Alle diese Maßnahmen gelten aber nur für neue Vereinbarungen bzw. für die Zukunft.

Rechtssicherheit haben wir zuletzt für Arbeitgeber erreicht, deren Dienstnehmer in Rehabilitation sind.

## Lohndumping

Am 1.1.2015 trat das neue Gesetz gegen Lohndumping in Kraft, das Verschärfungen, etwa die Einbeziehung des Entgelts, aber auch Erleichterungen brachte. In einem 90 seitigen (!) Erlass erreichten wir noch einige Entschärfungen. So kann der Arbeitgeber bei Unterentlohnung von maximal 10% die Anzeige oder Strafe stets durch Nachzahlung abwenden.

## Lohnnebenkosten

Große und kleinere Erfolge sind uns bei der Senkung von Lohnnebenkosten gelungen:

- Der **Beitrag zum Insolvenz-Entgelt-Fonds** sinkt zum 1.1.2016 um 0,1% auf 0,35%.
- Der **Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds** sinkt zum 1.1.2017 um 0,4% und zum 1.1.2018 um weitere 0,2% auf 3,9%.
- Nach einem Verordnungsentwurf sinkt der **Nachtschwerarbeits-Beitrag** ab 1.1.2016 von 3,7 auf 3,4%.

Mit 1. Juni 2015 ist eine Novelle zum ASchG und zum Mutterschutzgesetz zur CLP- Anpassung in Österreich in Kraft getreten. Demnach müssen gefährliche Stoffe und Gemische nach der CLP-Verordnung gekennzeichnet sein. Für die betriebliche Praxis besteht insbesondere bei der Arbeitsstoffevaluierung und im Bereich der Unterweisung Handlungsbedarf.

### ArbeitnehmerInnenschutzstrategie 2013 - 2020

Der österreichischen Strategie liegt der gemeinsame Wille aller Beteiligten zugrunde, weiterhin durch wirkungsvolle Maßnahmen die Sicherheit und Gesundheit nachhaltig zu verbessern. Eine konkrete Maßnahme der Wirtschaft wird die Gestaltung branchenspezifischer Projekte sein.

### Behindertengleichstellungsrecht

Unter [www.barriere-check.at](http://www.barriere-check.at) finden Unternehmen umfassende Informationen zum Thema Barrierefreiheit sowie einen übersichtlich aufgebauten und informativen Selbst-Check, der rasch und unkompliziert ein erstes Bild vom Status der Barrierefreiheit im Betrieb vermittelt.



### Broschüre

Die Einstellung macht's - Tipps und Informationen für Unternehmen zum Behindertengleichstellungsrecht, 5. aktualisierte Auflage 2015

**ZAS-Tag 15.10.2015 zum Schwerpunkt Beschäftigungsformen und Abgrenzungsfragen:** Wie schon in den vergangenen Jahren fand auch 2014 in Kooperation mit dem Manz-Verlag ein Update zum Arbeits- und Sozialrecht des Jahres in einem Tag statt. Neben der aktuellen Judikatur und Gesetzgebung befasste sich das Seminar u.a. mit Teilzeit, Abgrenzung zwischen Dienst- und Werkvertrag und Lösungen für mehr Rechtssicherheit.

### Publikationen:

*Gleißner*, „Die neuen Regeln gegen Unterentlohnung“, in: Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht (ZAS), 1 (2015), 19-27.

*Stupar*, „Wochengeld und Entgeltfortzahlung während Elternkarenz“, in *ecolex* (2015), 885-889.



# Sozialversicherung & Pensionen

Referenten: Dr. Martina Rosenmayr-Khoshideh, Mag. Martin Kircher, Dr. Klaus Kapuy

## Steuerreformgesetz 2015/2016

Im Rahmen der Steuerreform konnten wir einige Erfolge für unsere Mitglieder erzielen. Darunter die Senkung der Mindestbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung für selbständig Erwerbstätige von 724,02 Euro (Wert 2015) monatlich auf das Niveau der Geringfügigkeitsgrenze bei Arbeitnehmern (405,98 Euro monatlich). Dadurch werden geringverdienende Selbständige insgesamt mit ca. 40 Mio Euro jährlich entlastet. Ebenso gelungen ist eine beträchtliche Vereinfachung der Lohnverrechnung für Lehrbetriebe. Leider konnten einige Belastungen, wie die außertourliche Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage, nicht abgewehrt werden.

## Meldepflicht-Änderungsgesetz

Mit dem Meldepflicht-Änderungsgesetz konnten wir eine Halbierung der Verzugszinsen in der Sozialversicherung von derzeit 8% + Basiszinssatz auf 4% + Basiszinssatz erreichen. Des Weiteren wird die tägliche Geringfügigkeitsgrenze in der Sozialversicherung abgeschafft werden – spätestens mit 1.1.2017, falls die technischen Voraussetzungen vorliegen bereits im Laufe des Jahres 2015. Damit werden Dienstgeber von Beschäftigten, deren Dienstverhältnis für eine kürzere Zeit als einen Kalendermonat vereinbart wurde, bürokratisch und finanziell entlastet.

## Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz

Das Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz (SBBG) dient der Verhinderung und Verfolgung von Sozialbetrug, insbesondere durch Scheinunternehmen. Im Sinne eines fairen Wettbewerbs und der Finanzierbarkeit des Sozialstaats sieht das Gesetz Maßnahmen für wirksamere Kontrollen und eine verbesserte Behördenkooperation vor. Für Dienstgeber konnten wir Verbesserungen im Verhandlungsprozess erreichen, wie etwa, dass eine alle Auftraggeber umfassende Generalunternehmerhaftung für Löhne und BUAG-Zuschläge gestrichen wurde und, dass den Krankenkassen mehr Möglichkeiten zur Bekämpfung von Krankenstandsmissbrauch eingeräumt werden.

## Sozialrechts-Änderungsgesetz 2015

Auch heuer wieder wurden im Rahmen des Sozialrechts-Änderungsgesetzes (SRÄG) zahlreiche kleinere Anpassungen im Sozialversicherungsrecht vorgenommen. Erfreulich aus Sicht der Wirtschaft ist u. a., dass für längere Zeit ins Ausland entsendete österreichische Dienstnehmer länger (derzeit maximal 5 Jahre) der österreichischen Pensionsversicherung unterliegen können und zwar durch eine freiwillige Weiterversicherung.

## Mehr Rechtssicherheit für Selbstständige

Im Zuge von Betriebsprüfungen kommt es immer wieder vor, dass EPU in Dienstnehmer „umgewandelt“ werden. Die WKÖ hat in der Vergangenheit durchgesetzt, dass die SVA der gewerblichen Wirtschaft zur Schlussbesprechung der Gebietskrankenkassen beigezogen und angehört wird. Weitere Schritte stehen jedoch noch aus. So fordern wir, dass künftig sämtliche Umwandlungsfälle gemeinsam durch GKK und SVA/SVB zu beurteilen sind, dass bei Uneinigkeit eine unabhängige Schlichtungsstelle entscheiden soll, sowie dass Sozialversicherungsbeiträge nicht per se für fünf Jahre rückverrechnet werden.

## Merkblatt Familienhafte Mitarbeit

Um der klein- und mittelständisch geprägten österreichischen Wirtschaft die familienhafte Mitarbeit im Bedarfsfall zu ermöglichen und eine einheitliche Vorgehensweise von Gebietskrankenkassen und Finanzpolizei im Rahmen von Kontrollen zu gewährleisten, konnten wir gemeinsam mit den betroffenen Institutionen ein Merkblatt erstellen. Klargestellt wurde u. a., dass bei Eltern und Großeltern, die Alterspension beziehen sowie unentgeltlich und nicht betriebsnotwendig aushelfen, nicht von einem Dienstverhältnis ausgegangen wird.

## 24-Stunden-Betreuung

In Umsetzung des Regierungsprogramms erfolgte mit der Gewerberechtsnovelle die Trennung des freien Gewerbes Personenbetreuung in die beiden freien Gewerbe Personenbetreuung und Organisation von Personenbetreuung. Ebenfalls in Umsetzung des Regierungsprogramms hat der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft Qualitätskriterien in Form von Standes- und Ausübungsregeln für das Gewerbe „Organisation der Personenbetreuung“ (Vermittlungsagenturen) geschaffen und die bestehenden Standes- und Ausübungsregeln für das Gewerbe der selbständigen Personenbetreuung adaptiert. Die Verordnung schafft mehr Transparenz und führt Aufklärungs- und Dokumentationspflichten ein.

## Veranstaltungen

- 18.3.2015 - ÖAAB-Dialog „Zukunft der Pension/Pension der Zukunft“: Teilnahme und Vortrag von Dr. Martin Gleitsmann.
- 7./8.5.2015 - Denkwerkstatt St. Lambrecht: „Wirtschaftskraft und Altersvorsorge - Beschäftigungsstruktur als Herausforderung“. Dr. Martin Gleitsmann referierte zum Thema „Vom Frühpensionseuropameister zu generationenverantwortlicher Pensionspolitik“.
- 2.9.2015 - Europäisches Forum Alpbach - Wirtschaftsgespräche „Das österreichische Pensionssystem - gleichheitswidrig statt Generationengerecht?“: Moderation: Dr. Martina Salomon. Diskutanten: WKÖ-Präsident Dr. Christoph Leitl, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Pof. Alexia Fürnkranz-Prskawetz, Prof. Bert Rürup, Dr. Ulrich Schuh und Herbert Rohrmair-Lewis. Während die Wissenschaftsexperten und die Arbeitgebervertreter das heimische System der gesetzlichen Altersvorsorge derzeit für nicht nachhaltig ansehen und Ungleichheiten im System vor allem zwischen den Generationen und Geschlechtern ausmachen, verwies Minister Hundstorfer auf die Umsetzung zahlreicher Reformen der vergangenen Jahre, die bereits wirken würden.
- 24.9.2015 - „Pensionsseminar der Sozialpartner“: Unter Teilnahme der Generalsekretäre der Sozialpartner sowie Experten der Organisationen hat ein Seminar zum Thema Pensionen stattgefunden. Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen, des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz sowie der Pensionsversicherungsanstalt präsentierten aktuelle Zahlen, Daten und Fakten. Auf dieser Grundlage diskutierten die Sozialpartner das österreichische Pensionssystem und notwendige Reformmaßnahmen. Es wurde vereinbart die Reformüberlegungen auf Expertenebene weiter zu diskutieren und Sozialpartnervorschläge auszuarbeiten.
- 15.10.2015 - Gewinnmesse „Pensions-Debatte“. Im Rahmen der Gewinn-Messe diskutierten BM Rudolf Hundstorfer, Dr. Ulrich Schuh, DI Manfred Rapf, Mag. Martin Schaffenrath sowie Dr. Martin Gleitsmann zur aktuellen Situation des Pensionssystems und notwendiger Reformen.
- 26.11.2015 - Stammtisch Wirtschaft & Wissenschaft. Bereits zum fünften Mal organisierte unsere Abteilung diesen Stammtisch, der zum Ziel hat Vertreter von Wissenschaft und Wirtschaft zusammen zu bringen, um voneinander zu lernen und sich zu vernetzen. Das Thema war diesmal „Ärzte und Sozialversicherung: Neue Partnerschaft für die Zukunft?“. Den Impulsvortrag hielt Univ.Prof. Dr. Rudolf Mosler von der Universität Salzburg.
- 18.11.2015 - Abschlussveranstaltung Kampagne „PflegerIn mit Herz“. Im Rahmen der Kampagne wurden pro Bundesland aus 2.300 Nominierungen, 18 Personen aus dem Bereich allgemeine Pflege und 24-Stunden-Betreuung für ihr herausragendes Engagement mit einem Geldpreis geehrt. Im Rahmen der Abschlussveranstaltung wurden die Preise u.a. durch WKÖ-Generalsekretärin Mag. Anna Maria Hochhauser, Vizekanzler Dr. Reinhold Mitterlehner, Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Fachverbandsobmann Andreas Herz verliehen.



## Internationale Positionierung

Die WKÖ konnte auch auf internationaler Ebene verstärkt als wichtiger Player im Bereich Sozialversicherung positioniert werden. Beiträge und Teilnahmen ua bei folgenden Veranstaltungen:

- „Return to Work - Innovative, interdisziplinäre und praxisorientierte Wege zurück in die Arbeit“, Dortmund, 23.6.2015
- Niederlande - Fact-Finding-Mission des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und der Sozialpartner (Reform der Invaliditätspension), Den Haag, 12.11.2015
- „In-depth session“ on the sustainability of the Austrian pensions system“ - Arbeitssitzung zwischen Vertretern der Europäischen Kommission und den Österreichischen Sozialpartnern, Brüssel, 9.12.2015

## Publikationen

*Gleitsmann/Kircher*, „Novelle des Bundespflegegeldgesetzes 2014“, in Aschauer/Kohlbacher (Hrsg), Jahrbuch Sozialversicherungsrecht 2015, 131-141. Wien, Graz: NWV, 2015.

*Gleitsmann/Kapuy*, „Die Zusatzversicherung in der Krankenversicherung für Selbständige“, in Höfle/Mitterer (Hrsg), Freie Berufe und Sozialversicherung: Festschrift für Prof. Sedlacek, 187-195. Wien: Linde, 2015.

*Kapuy*, „Unionswidrigkeit des unterschiedlichen Pensionsantrittsalters von Männern und Frauen?“, in Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht (ZAS), 4 (2015), 222-229.

*Kapuy*, „Enabling social integration through European human rights“, in Rivista del Diritto della Sicurezza Sociale, 3 (2015), 499-514.

*Rosenmayr-Khoshideh* in Sonntag (Hrsg.), Kommentierung der §§ 1, 3, 4 und 5 GSVG, GSVG- Jahreskommentar, 4. Auflage 2015.

Referenten: Dr. Wolfgang Königshofer, Mag. Claudia Janecek, Mag. Ulrike Klein

## Tabakrecht

2015 wurden die Bestimmungen des Tabakgesetzes über den Nichtraucherchutz geändert. Ab 1. Mai 2018 gilt in allen den Gästen zur Verfügung stehenden Bereichen von Gastronomiebetrieben und somit nicht nur in Räumen, die der Verabreichung von Speisen und Getränken dienen, absolutes Rauchverbot. Ausgenommen von diesem Verbot bleiben Freiflächen (insbesondere Gastgärten). Durch eine steuerliche Prämie wurde für jene steuerpflichtigen Gastwirte, die nach den geltenden Bestimmungen des Tabakgesetzes eigene Raucherräume errichtet haben, ein Anreiz geschaffen, ihren Betrieb schon bis zum 1. Juli 2016 auf die neue Rechtslage (absolutes Rauchverbot) umzustellen. Diese Prämie beträgt 30% vom Buchwert jener Aufwendungen, die zur Herstellung eines abgetrennten Raucherraumes getätigt wurden. Damit wurde den Forderungen der Wirtschaft nach Entschädigung für diese Aufwendungen im Prinzip entsprochen.

Rauchverbote gelten künftig auch für bestimmte Vereinsräume sowie Verkehrsmittel zur entgeltlichen oder gewerblichen Personenbeförderung. Ferner gilt Rauchverbot für Hotels und vergleichbare Beherbergungsbetriebe, außer in eigens als Raucherraum eingerichteten Nebenräumen.

## Pharmarecht

Im Oktober 2015 wurde ein Gesetzesentwurf in Begutachtung geschickt, nach dem Pharmaunternehmen verpflichtet werden sollten, den gesetzlichen Krankenversicherungsträgern in den Jahren 2017 bis 2019 einen nachträglichen Rabatt (Finanzierungssicherungsbeitrag genannt) auf ihren jährlichen auf Rechnung der Krankenversicherungsträger erzielten Heilmittelumsatz zu gewähren. Begründet wurde diese Verpflichtung mit dem Hinweis auf einen starken Anstieg der Heilmittelausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung insbesondere im ersten Halbjahr 2015. Allerdings ist das Ausmaß dieses Anstiegs im weiteren Verlauf von 2015 wieder etwas gesunken.

Dieser Entwurf wurde von der WKÖ sowohl mit verfassungsrechtlichen, als auch mit wirtschaftlichen Argumenten vehement abgelehnt. Schließlich konnte erreicht werden, dass dieser Entwurf nicht weiter verfolgt wurde und stattdessen zwischen Vertretern des Hauptverbandes der österr. Sozialversicherungsträger und der Pharmawirtschaft Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Rahmenpharmavertrages aufgenommen und erfolgreich abgeschlossen wurden. In diesem Vertrag verpflichteten sich die Unternehmen der Pharmawirtschaft - wie in den vergangenen Jahren - einen erheblichen finanziellen Beitrag zur Konsolidierung der gesetzlichen Krankenkassen zu leisten.

## Lebensmittelrecht

### Neue Durchführungsregelungen für Biolebensmittel, für Lebensmittel mit geschützten Herkunftsangaben und traditionelle Spezialitäten

Mit dem EU-Qualitätsregelungen-Durchführungsgesetz konnte ein Vorhaben, das bereits vor über zehn Jahren gestartet wurde - über Vorschläge etwa eines Bio-Durchführungsgesetzes bis einem Gütesiegelgesetz - abgeschlossen werden. Die WKÖ hat sich in jeder Phase für unternehmertaugliche Lösungen eingesetzt, sodass jeder neue Entwurf anwenderfreundlicher war als der vorhergehende. Wir sehen diese Neuregelung im Rahmen des Gesamtprojektes „Lebensmittelkontrolle Neu“ als weiteren Schritt zur verbesserten Koordinierung der vielfältigen Zuständigkeiten auf allen Verwaltungsebenen. Die Koordinierung durch den neuen Kontrollausschuss sollte daher nicht nur zu einer Effizienzsteigerung der Kontrolle der biologischen Produktion, sondern durch den Wegfall von Mehrgleisigkeiten in den Ländern auch zu Ersparnissen führen.

### Österreichisches Lebensmittelbuch - Codexarbeit erzielt praxismgerechte Lösungen

In den Codex-Unterkommissionen und Arbeitsgruppen haben wir auf komplexe Anforderungen des immer detaillierter geregelten europäischen Lebensmittelrechtes mit allen beteiligten Verkehrskreisen umsetzbare Antworten für unsere Unternehmerinnen und Unternehmer gefunden. Da die Kennzeichnung von Lebensmitteln immer umfangreicher wird, sind beispielhaft insbesondere folgende Codexarbeiten von unmittelbarem Nutzen:

- der Fragen und Antworten-Katalog zur Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel - LMIV,
- die Leitlinien zur täuschungsfreien Aufmachung von Lebensmitteln,
- eine Ausnahmeregelung zur Nährwertkennzeichnung aufgrund der LMIV, die ab 13. Dezember 2016 für verpackte Lebensmittel gilt.

Ebenso intensiv waren die Arbeiten im Rahmen der Codex-Unterkommission Hygiene, um Mehrbelastungen bei Aktualisierungen von Hygieneleitlinien zu vermeiden.

### Elektronische Gesundheitsakte (ELGA)

Der Elektronische Gesundheitsakt (ELGA) startete nach einigen Verzögerungen am 9.12.2015. Die WKÖ war mit den Vertretern aller betroffenen Wirtschaftskreise in zwei Novellierungen der ELGA-Verordnungen involviert und konnte konkrete Verbesserungen erreichen. Im Mai wurde die erste novellierte ELGA-Verordnung (ELGA-VO) kundgemacht, welche die Implementierung von ELGA regelt. Die zentralen Inhalte betreffen u.a. die technischen Standards für ELGA-Gesundheitsdaten und die Schaffung von ELGA-Ombudsstelle, Service-Center und Widerspruchsstelle. Am 24.11. wurde die zweite Novellierung der ELGA-VO im BGBl kundgemacht. Diese enthält Nachschärfungen in den oben genannten Bereichen und u.a. die zeitliche Verfügbarkeit von ELGA, eine Bestimmung zum Risikomanagement und zu verschiedenen Sicherheitsanforderungen.

### Plattform Gesundheitswirtschaft Österreich

Die Gesundheitswirtschaft wächst und bringt damit neue Chancen für Innovationen, Beschäftigung und Wohlstand. Die WKÖ hat die „Plattform Gesundheitswirtschaft Österreich“ ins Leben gerufen, um diese Entwicklung zu unterstützen. Ziel der Plattform ist es, Österreich für den Megatrend Gesundheit fit zu machen und als DAS Gesundheitsland in Europa zu etablieren.



2015 war die Plattform wieder beim Gesundheitswirtschaftskongress am 11.3. beteiligt. Um Forschung und Entwicklung im Gesundheitsbereich zu stärken förderte die Abteilung gemeinsam mit anderen Sponsoren die Verleihung des „Health Research Award“. Besonders hervorragende Leistungen von Absolventen der FH-Studiengänge im Gesundheitsbereich wurden dabei ausgezeichnet.

### Veranstaltung „Investition und Nutzen: Innovative Arzneimittel für Österreich“

Am 15. September veranstaltete die Plattform Gesundheitswirtschaft Österreich gemeinsam mit dem FOPI – Forum der forschenden pharmazeutischen Industrie in Österreich - eine Diskussion zum Spannungsfeld zwischen Investition und Nutzen innovativer Medikamente. Prof. Dr. Gottfried Haber präsentierte die ersten Ergebnisse seiner Studie zu den ökonomischen Effekten innovativer Medikamente in Österreich. Ergebnisse: aufgrund der Diagnosen Diabetes, COPD, HIV gehen in Österreich 145.529 Lebensjahre durch Krankheiten oder Tod verloren. Die dadurch entstehenden Kosten bezifferte der Experte mit 5,2 Milliarden Euro, die Effekte durch die Produktion der entsprechenden Medikamente mit einer Wertschöpfung von 155 Millionen Euro, 1.400 Jobs bzw. 1.300 Vollzeitäquivalenten.



### Betriebliche Gesundheitsförderung

Die WKÖ glaubt an die positiven Auswirkungen von betrieblicher Gesundheitsförderung (BGF) und setzt sich daher in verschiedensten Gremien und bei unterschiedlichen Projekten für die weitere Verbreitung von BGF ein. So ist die WKÖ Kooperationspartner im Österreichischen Netzwerk für BGF und im Vorstand des Österreichischen Betriebssportverbandes vertreten. Um Unternehmen und Mitarbeitern den ersten Schritt zu mehr Bewegung und Gesundheit zu erleichtern hat die Abteilung 2015 eine Broschüre zur BGF herausgegeben. Abrufbar unter <https://www.wko.at/Content.Node/Profitness/BGF-Broschuere2015.pdf>



### Fehlzeitenreport 2015

Auch 2015 wurde vom WIFO im Auftrag von Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger, WKÖ, der Bundesarbeitskammer der Fehlzeitenreport erstellt. Dieser gibt einen Überblick über krankheits- und unfallbedingte Fehlzeiten und Arbeitsunfälle in Österreich. Erfreulicherweise setzte sich auch 2014 der Trend der letzten Jahre in Bezug auf den Rückgang der Arbeitsunfälle fort.

## Weitere Aktivitäten

### Pressekonferenz - Patient im Mittelpunkt: Bestmögliche Qualität im Fokus

Das 2013 erarbeitete Konzept „Gesundheit 2020 - Patienten im Mittelpunkt!“ wurde im Bereich Qualität weiter ausgebaut und im Rahmen einer Pressekonferenz im Juni 2015 von Martin Gleitsmann, Bernhard Rupp und Gerald Bachinger präsentiert. Die wichtigsten Forderungen von WKÖ, AK und Patienten-anwaltschaft: Mehr guten Wettbewerb für mehr Qualität, aussagekräftige Qualitätsmessung und menschliche Betreuung als Qualitätsmerkmal.



13



Bei einer Podiumsdiskussion im Rahmen des HR Inside Summits am 23.9.2015 informierten Martin Gleitsmann, Gert Lang (Fonds Gesundes Österreich) Thomas Neumann (Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA)] und Maximilian Wurm (Count IT) über Vorteile und verschiedenste Aspekte von betrieblicher Gesundheitsförderung (BGF). Die zahlreichen Besucher erhielten Tipps aus der Praxis von einem best practice Unternehmen und Informationen zur Förderungen und Angeboten von SVA und WKÖ im Bereich BGF machen.

Ende Oktober 2015 reiste eine Delegation der Gesundheitswirtschaft nach Peking und Shanghai, um sich über das chinesische Gesundheitssystem und die gesundheitswirtschaftlichen Entwicklungen zu informieren. Neben dem Besuch von Kliniken, Forschungseinrichtungen, Gesundheitsbehörden und fortschrittlichen Gesundheitseinrichtungen konnte dabei auch ein Einblick in die TCM (Traditionelle Chinesische Medizin) gewonnen werden.



(ÖBSV) Karlheinz Kopf stellte die Neuausrichtung des Verbandes in Richtung Corporate Activity und das ÖBSV Projekt COMPANY.FIT vor.

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz des Sportministeriums, des Betriebssportverbands und von der WKÖ am 9.9.2015 präsentierte Martin Gleitsmann die Aktivitäten der WKÖ zum Thema BGF ([www.profitnessaustria.at](http://www.profitnessaustria.at)) und stellte die neue BGF-Broschüre vor (siehe oben). Sportminister Klug berichtete über die Förderung des Breiten- und Betriebssports in Österreich und der neue Präsident des österreichischen Betriebssportverbandes

# Europäische Sozialpolitik

Referentin: Mag. Christa Schweng



14

Die WKÖ ist über die Abteilung für Sozialpolitik im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) vertreten, der die europäischen Institutionen berät. Als Mitglied im EWSA wurde bis zum Mandatsende der Periode 2010-2015 der Vorsitz der Beobachtungsstelle Arbeitsmarkt des EWSA, sowie die Mitgliedschaft im Vorstand der Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen und Unionsbürgerschaft wahrgenommen. Als Vorsitzende der Arbeitsmarktbeobachtungsstelle wurden 2015 folgende Themen als Schwerpunkte gesetzt: Langzeitarbeitslosigkeit, Mobilität für Lehrlinge und Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt. Mit Beginn des neuen Mandats im Oktober wurde der Vize-Vorsitz der Fachgruppe Soziales übernommen. Ebenso vertreten ist die WKÖ in Verwaltungsrat und Vorstand der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz in Bilbao. Die WKÖ-Vertreterin ist in diesen Gremien die Sprecherin der Arbeitgeber und Vize-Vorsitzende. Das Jahr 2015 war das erste Jahr der „Juncker-Kommission“ die sich eine Modernisierung des bestehenden Acquis sowie eine Reduktion neuer Legislativ-Vorschläge zum Ziel gesetzt hat. Vorschläge werden erst nach eingehenden öffentlichen Konsultationen und Sozialpartnerkonsultationen unterbreitet. Die WKÖ hat sich an folgenden öffentlichen Konsultationen im Bereich der europäischen Sozialpolitik beteiligt:

- Gleichstellungsstrategie
- Überarbeitung der Blaue Karte EU (Blue Card) Richtlinie
- Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit in der EU (Familienleistungen, Arbeitslosigkeit und Entsendungen)
- Chancengleichheit im Bereich soziale Sicherheit

An folgenden Sozialpartnerkonsultationen hat die WKÖ teilgenommen:

- Konsolidierung der RL Information und Konsultation der AN

## Frauenquoten in Aufsichtsräten

Nach einer öffentlichen Konsultation hat die Europäische Kommission ihren Richtlinien-Vorschlag für eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in börsennotierten Gesellschaften vorgelegt. Damit soll bis 2020 ein 40 %-iger Frauenanteil in Aufsichtsräten von Gesellschaften mit mehr als 250 Arbeitnehmern erreicht werden. Die WKÖ hat sich massiv gegen diese RI ausgesprochen, da solche Bestimmungen einen direkten Eingriff in Aktionärsdemokratie, Vertragsfreiheiten und Eigentumsrechte von Unternehmen darstellen. Derzeit wird der Vorschlag auf Ebene des Rates behandelt. Der Versuch einer Einigung ist im Dezember-Rat erneut gescheitert.

## EURES - Verordnung

Mit diesem Vorschlag sollen die über das Webportal EU-weit bereitgestellten Stellenangebote, darunter auch Angebote privater Arbeitsvermittlungen erweitert werden. Ebenso soll es einen automatischen Abgleich von freien Stellen und Lebensläufen geben. Dieser Vorschlag wird von der WKÖ prinzipiell begrüßt, da EURES derzeit nur in wenigen Mitgliedstaaten funktioniert, aber eine wichtige Rolle bei der Behebung des europaweit bestehenden Fachkräftemangels spielen könnte. Problematisch ist aus unserer Sicht, dass vom Arbeitgeber Gebühren bei Inanspruchnahme von EURES erhoben werden können, sowie die Arbeitgeberverpflichtung, jede offene Stelle europaweit ausgeschrieben zu müssen, sofern nicht berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, das nicht zu tun.

## Einreise und Aufenthalt von drittstaatsangehörigen Forschern und Studenten

Die Überarbeitung dieser Richtlinie wird von der WKÖ deshalb kritisch gesehen, weil die bisher bestehende Möglichkeit für Studierende neben ihrem Studium 20 Wochenstunden zu arbeiten auf 15 Stunden reduziert wurde. Nach Studienabschluss soll die Möglichkeit des Verbleibs im Inland für zumindest 9 Monate ermöglicht werden, was aus unserer Sicht auf mindestens 12 Monate ausgedehnt werden sollte. Der RL-V wurde im Dezember im Wege des Trilogs angenommen.

## Weitere Aktivitäten

### Rundbrief der Abteilung und Presseaussendungen

Rundbrief SPIK (unter <http://wko.at/sp>). Im Jahr 2015 wurden 14 SPIK-Ausgaben erstellt und an ca. 700 Adressaten versandt.

Wir haben von 2.1. Bis 23.12.2015 83 Presseaussendungen hinausgegeben, das sind fast zwei pro Woche.

### Betreute Webseiten

Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit <http://wko.at/sp>

Mentoring für MigrantInnen <http://wko.at/mentoring>

Migration und Integration <http://wko.at/migration>

Plattform Gesundheitswirtschaft [www.wirmachengesundheit.at](http://www.wirmachengesundheit.at)

Profitfitness [www.profitfitnessaustria.at](http://www.profitfitnessaustria.at)

Selbständig und sicher <http://wko.at/selbstaendigundsicher>

Barriere Check <http://www.barriere-check.at/>

### Mitbetreute Webseiten

[www.eval.at](http://www.eval.at) (Informationen, Tipps, Checklisten zum Arbeitnehmerschutz)

[www.arbeitundalter.at](http://www.arbeitundalter.at)

[www.arbeitundbehinderung.at](http://www.arbeitundbehinderung.at)

### Fortbildungs- und Netzwerkaktivitäten

- Jänner 2015: Teamklausur der Abteilung Sozialpolitik und Gesundheit in der Therme Stegersbach.
- Mai 2015: Treffen mit Netzwerkpartnern aus anderen Interessensvertretungen, Sozialversicherungsträgern, Ministerien und der Privatwirtschaft zum Volleyballspiel.





















- Oktober 2015: Sp-Fortbildungstagung in Salzburg, Betriebsbesuche Schlosserei Wieber und Schirmemacher Kirchtag



## Unser Team Sozialpolitik und Gesundheit

16

 <p><b>Dr. Martin Gleitsmann</b> Abteilungsleiter</p>	 <p><b>Mag. Dr. Rolf Gleißner</b> Abteilungsleiter-Stellvertreter Arbeitsrecht: Arbeitsverfassung, Arbeitszeit; AUVA; Infobrief SPIK</p>
 <p><b>Mag. Christa Schweng</b> EU-Sozialpolitik, EWSA, Koordination</p>	 <p><b>Dr. Martina Rosenmayr-Khoshideh</b> Sozialversicherung (Pensionsversicherung, Versicherungs-, Melde- u. Beitragsrecht)</p>
 <p><b>Mag. Martin Kircher</b> Sozialversicherungsrecht (PV), Krankenanstaltenrecht, Pflege, 2.u.3. Pensionssäule, Dienstgebervertreter der SV</p>	 <p><b>Dr. Klaus Kapuy</b> Sozialversicherung (KV, Versicherungs-, Melde- u. Beitragsrecht), Wirtschaft &amp; Wissenschaft</p>
 <p><b>Mag. Anna Katharina Huber</b> Plattform Gesundheitswirtschaft Österreich, BGF (ProFitness),</p>	 <p><b>Mag. Gabriele Straßegger</b> Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, AMS: Kontrollausschuss, Arbeitsmarktförderung, Armut - Mindestsicherung</p>
 <p><b>Mag. Maria Kaun</b> Arbeitsmarkt, AMS: Strategieausschuss, Ältere Arbeitnehmer</p>	 <p><b>Mag. Margit Kreuzhuber</b> Beauftragte für Migration u. Integration, Ausländerbeschäftigung, Fachkräftemangel</p>
 <p><b>Mag. Ulrike Klein</b> Gesundheitspolitik, Plattform Gesundheitswirtschaft Österreich, BGF (ProFitness), Gesundheitsberufe</p>	 <p><b>Mag. Julia Moreno-Hasenöhrl</b> Migration u. Integration, Ausländerbeschäftigung, Fachkräftemangel, Migration u. Gesundheit</p>
 <p><b>Mag. Pia-Maria Rosner-Scheibengraf</b> Arbeitnehmerschutz und Behindertenpolitik</p>	 <p><b>Dr. Ingomar Stupar</b> Gleichbehandlungsrecht, Individualarbeitsrecht, Vereinbarkeit Familie &amp; Beruf</p>
 <p><b>Mag. Claudia Janecek</b> Lebensmittel-, Futtermittel- und Veterinärrecht</p>	 <p><b>DDr. Wolfgang Königshofer</b> Arzneimittel-, Medizinprodukte- und Lebensmittelrecht, Zivildienst</p>
 <p><b>Mag. Sabine Sonja Brunner, LLB.oec</b> Migration u. Integration, Ausländerbeschäftigung, Fachkräftemangel, Migration u. Gesundheit</p>	 <p><b>Mag. Britta Roth</b> Praktikantin Sozialversicherung</p>

Redaktion Jahresbericht: Dr. Klaus Kapuy